

**LANDESVERBAND DER SOZIALARBEITER  
IN DER STRAFRECHTSPFLEGE**

Fachverband im Deutschen Beamtenbund · Landesbund Nordrhein-Westfalen



LVS · Klusenerweg 31 a · 4770 Soest

An die  
Abgeordneten  
des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfal

Klusenerweg 31 a  
**4770 Soest**  
Telefon 029 21/6 00 55 p.  
29 21/1 54 80 u. 172 44 d.

4000 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

4. Okt. 1992

**ZUSCHRIFT  
11/2020**

Betr.: Landeshaushalt 1993

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bereits im vergangenen Jahr haben wir anlässlich der Haushaltsberatungen Verständnis für die schwierige finanzielle Situation des Landes gezeigt und uns bereit erklärt, bei der Bedarfsberechnung für das Personal die vom Justizminister zugrundegelegte Fallmeßzahl von 45 Probanden vorübergehend anzuerkennen, was bei der derzeitigen Belastung immer noch ein Pensum von 1,4 bei einer Betreuung von landesweit 63 Probanden pro Bewährungshelfer/in (Stand 1.7.1992) ergibt.

An dieser Stelle wollen wir jedoch in Erinnerung rufen, daß bereits im Jahre 1973 von der Konferenz der Justizminister und -senatoren eine Fallmeßzahl von 30 Probanden zugrundegelegt wurde.

Leider wurden in den beiden vergangenen Haushalten für unseren Bereich keine neuen Stellen geschaffen, wenngleich unser Klientel aufgrund der gesellschaftsbedingten Veränderungen - wir denken an die Zunahme von Suchtmittelabhängigen, an HIV-Infizierte und an AIDS erkrankte Personen sowie Wohnungslose - schwieriger geworden ist. Aus unserer Sicht macht diese Situation eine aufgabenkritische Zuweisung von neuen Stellen in 1993 erforderlich.

Auch hat u.E. eine Aufstockung der Stellen für Justizangestellte (Schreibkräfte bei Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht) zu erfolgen, da die vorgesehene Schreibstundenzahl von 15 pro Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege seit Jahren unterlaufen wird und für die derzeitigen Bediensteten (überwiegend teilzeitbeschäftigte weibliche Angestellte) eine entsprechende Mehrarbeit anfällt.

..2

Kontoverbindung:  
Postgiroamt Köln  
(BLZ 370100 50)  
Kto. 242626-503

Weiter wird die vorgesehene Besetzungssperre von demnächst zwölf Monaten zu zusätzlichen Belastungen führen. In diesem Zusammenhang weisen wir insbesondere auf die vielen Kleindienststellen ( 2 - 5 Sozialarbeiter/innen) in den ländlich strukturierten Landesteilen hin, für deren Bedienstete es aus unserer Sicht nicht zumutbar ist, ggfl. über die Dauer eines Jahres eine ausgeschiedene Kollegin bzw. einen ausgeschiedenen Kollegen zu ersetzen. Hier erwarten wir, sehr geehrte Abgeordnete, daß Sie sich für Ausnahmeregelungen in begründeten Einzelfällen einsetzen.

Nicht zuletzt ist auch eine Ausgabenenerhöhung im sächlichen Bereich erforderlich. Die anlässlich der Anhörung am 7.3.1990 vor dem dortigen Ausschuß hierzu gemachten Vorschläge sind bis heute nicht umgesetzt, wobei wir insbesondere an die Ausstattung der Dienststellen mit modernen Kommunikations- und Büromitteln denken.

Abschließend möchten wir Sie, sehr geehrte Damen und Herren, bitten, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen für die berechtigten Anliegen unserer Berufsgruppe auch im Interesse der von uns Betreuten einzusetzen.

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschuß (Personalausschuß) erhalten eine Durchschrift dieses Schreibens.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit!

Mit freundlichen Grüßen



(Harbeke)

Geschäftsf. Vorsitzender